

Rechenschaftsbericht

1. Planaufstellung und Entwicklung der Haushaltswirtschaft	Seite 2
2. Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung	Seite 4
2.1 Ordentliche Erträge	6
2.2 Ordentliche Aufwendungen	10
2.3 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen	13
3. Erläuterungen zur Gesamtfinanzzrechnung	Seite 14
3.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	16
3.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	17
3.3 Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	18
3.4 Liquidität	18
4. Lagebericht	Seite 19
4.1 Allgemeine Rahmenbedingungen	19
4.2 Stand der Aufgabenerfüllung	20
4.3 Wesentliche Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen aus den Teilhaushalten	21
5. Jahresabschlussanalyse	Seite 23
5.1 Ergebnisrechnung	23
5.2 Finanzrechnung	24
5.3 Strukturdaten	27
5.4 Rücklagen, Zahlungsmittel, Schulden	29
6. Ausblick: Chancen und Risiken	Seite 30

1. Planaufstellung und Entwicklung der Haushaltswirtschaft

Als Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise klappte auch im Haushaltsplan für das Jahr 2012 eine deutliche Lücke zwischen Erträgen und Aufwendungen. Zwar zog in der Planungsphase (2. Halbjahr 2010) die konjunkturelle Entwicklung an, doch konnte trotz erheblicher Konsolidierungsbeiträge der städtischen Ämter kein Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit eingeplant werden. Vielmehr mussten wir mit einem Zahlungsmittelbedarf i. H. v. -9,4 Mio. € rechnen. Dies hatte zur Folge, dass wir in der Planung 2012 zur Deckung unsere Investitionen eine mit 34,0 Mio. € relativ hohe Kreditaufnahme sowie den Einsatz von Mitteln i. H. v. 13,1 Mio. € aus dem Kassenbestand veranschlagen mussten. Angesichts dieser angespannten Situation hatten wir bereits im Haushaltsplan ausdrücklich darauf hingewiesen, dass alle rein konjunkturbedingten Haushaltsverbesserungen nicht als neuer Gestaltungs- und Finanzierungsspielraum verstanden werden dürfen sondern zur Haushaltskonsolidierung einzusetzen sind.

Am 17.03.2011 hat der Gemeinderat die Haushaltssatzung 2012 mit folgenden Eckdaten beschlossen:

<u>Ergebnishaushalt</u>	
Ordentliche Erträge	419.721.900 €
Ordentliche Aufwendungen	<u>457.597.320 €</u>
Ordentliches Ergebnis	<u>-37.875.420 €</u>
 Sonderergebnis	 0 €
 Gesamtergebnis	 -37.875.420 €
 <u>Finanzhaushalt</u>	
Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts	-9.380.020 €
Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	-34.333.190 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	30.622.340 €
Veränderung des Finanzierungsmittelbestands	-13.090.870 €
 Kreditermächtigung	 34.022.940 €
 Schuldenstand zum 31.12.2012 (ohne Restkaufpreisschulden)	 221,5 Mio. €
 Stand der Zahlungsmittel zum 31.12.2012 (einschließlich Geldanlagen)	 2,9 Mio. €

Zum Ausgleich des Ergebnishaushalts war vorgesehen, die Mittel aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses vollständig zu entnehmen (18,0 Mio. €) und darüber hinaus Mittel aus der Rücklage des Sonderergebnisses i. H. v. 19,9 Mio. € einzusetzen.

Mit Schreiben vom 03.05.2011 hat das Regierungspräsidium Karlsruhe die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt.

Bereits in 2011 hatte sich dann aber erfreulicherweise gezeigt, dass sich die Konjunktur deutlich besser entwickelt als noch bei der Planaufstellung angenommen. Somit konnten wir bei der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung im Dezember 2011 insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit Mehrerträgen rechnen. Weitere Mehrerträge waren aufgrund von gesetzlichen Änderungen bei der Bundesbeteiligung an der Grundsicherung und den Landeszuschüssen für die Kleinkindbetreuung zu erwarten. Dem gegenüber standen Verschlechterungen u. a. im Bereich der Sozialhilfe, der Personalaufwendungen und der FAG-Umlage. Darüber hinaus war es Konsens, dass in 2012 – ähnlich wie in 2011 – eine zusätzliche Zahlung an die SWH geleistet und dass die Förderung für die Anbieter von (Klein-)Kinderbetreuungsplätzen verbessert werden sollte. In der Summe sind wir daher bei der Fortschreibung der Finanzplanung für 2012 davon ausgegangen, dass sich das planmäßige ordentliche Ergebnis 2012 nicht wesentlich verändern würde.

Bis zu unserer Haushaltsprognose zum 01.04.2012 konnten wir die o. g. Entwicklungen zumindest teilweise konkreter beziffern. Außerdem hatten sich bereits relativ früh im Haushaltsjahr Mehrerträge bei der Gewerbesteuer abgezeichnet. Ergebnis der Prognose war daher eine kassenwirksame Verbesserung im Ergebnishaushalt i. H. v. +10,5 Mio. €. Damit drohte nun kein Zahlungsmittelfehlbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit mehr (Plan -9,4 Mio. €), so dass der Gemeinderat die Haushaltssperre bei den Personal- und Sachaufwendungen i. H. v. 2,5 Mio. € aufheben konnte.

Eine weitere Haushaltsprognose haben wir dem Gemeinderat zum 01.09.2012 gemeinsam mit dem unterjährigen Steuerungsbericht gemäß § 28 GemHVO vorgelegt. Diese schloss mit einer kassenwirksamen Ergebnishaushaltsverbesserung i. H. v. +23,0 Mio. € ab. Hauptgründe hierfür waren auf der Ertragsseite hohe Gewerbesteuernachzahlungen sowie Minderaufwendungen durch die Verzögerungen beim Platzausbau und bei der Verbesserung der Förderung von (Klein-)Kinderbetreuungsplätzen.

Das Gesamtergebnis für den Ergebnishaushalt 2012 lag mit -2,8 Mio. € nochmals um +12,1 Mio. € über unserer Prognose vom September 2012. Im Wesentlichen resultierte diese Verbesserung aus den jeweils letzten Zahlungen für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und bei den Schlüsselzuweisungen (Erhöhung des Kopfbetrags) sowie aus weiteren Nachzahlungen bei der Gewerbesteuer. Allein bei diesen 3 Positionen wurden in 2012 Mehrerträge i. H. v. 46,2 Mio. € erzielt, so dass das ordentliche Ergebnis mit +13,2 Mio. € deutlich besser ausfiel als geplant (Plan -37,9 Mio. €). Allerdings führte ein größerer Einzelvorgang dazu, dass das Sonderergebnis nicht wie geplant ausgeglichen abschloss sondern mit einem negativen Betrag i. H. v. -16,0 Mio. € ins Gesamtergebnis einfluss.

Bei der Liquiditätsbetrachtung (Finanzhaushalt) ergibt sich folgendes Bild: Aufgrund der oben beschriebenen Verbesserungen schloss die laufende Verwaltungstätigkeit mit einem Zahlungsmittelüberschuss i. H. v. +55,6 Mio. € ab. Somit musste trotz eines Mittelmehrbedarfs bei der Investitionstätigkeit i.H.v. +7,9 Mio. € die Kreditermächtigung nicht voll ausgeschöpft werden (Plan 34,0 Mio. €, Ergebnis 16,9 Mio. €). Nachdem bereits in 2011 weniger Kredite aufgenommen worden waren als geplant, blieb der Schuldenstand (ohne Restkaufpreisschulden) zum 31.12.2012 mit 188,3 Mio. € deutlich unter dem Planwert (221,5 Mio. €).

Insgesamt ergaben sich folgende Gesamtsummen:

<u>Ergebnishaushalt</u>	
Ordentliche Erträge	489.524.350 €
Ordentliche Aufwendungen	<u>476.318.418 €</u>
Ordentliches Ergebnis	13.205.932 €
Sonderergebnis	-15.981.737 €
Gesamtergebnis	-2.775.805 €
<u>Finanzhaushalt</u>	
Zahlungsüberschuss des Ergebnishaushalts	55.594.068 €
Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	-42.206.388 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	14.071.615 €
Veränderung des Finanzierungsmittelbestands	27.459.295 €
Kreditneuaufnahmen (ohne Umschuldungen)	16.871.000 €
Schuldenstand zum 31.12.2012 (ohne Restkaufpreisschulden)	188,3 Mio. €
Stand der Zahlungsmittel zum 31.12.2012 (einschließlich Geldanlagen)	57,3 Mio. €

Über diese gegenüber der Planung für 2012 verbesserte Situation (insbesondere Schuldenstand, Kassenbestand und Höhe der Rücklagen) haben wir in den Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2013/2014 informiert, so dass die Daten in Wesentlichen in die neue Planung eingearbeitet werden konnten.

Detailliertere Informationen zum Rechnungsergebnis finden Sie in den nächsten beiden Kapiteln.

2. Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

Der Gesamtergebnishaushalt 2012 schloss wie folgt ab:

	Ergebnis 2011 €	Plan 2012 €	Ergebnis 2012 €	Ergebnis/Plan Abweichung €
Steuern und ähnliche Abgaben	179.887.793	168.803.000	208.373.991	+39.570.991
Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	145.155.378	142.794.150	167.137.613	+24.343.463
Sonstige Transfererträge	5.602.878	4.740.000	5.204.995	+464.995
Öffentlich-rechtliche Entgelte	54.003.770	51.675.050	51.606.977	-68.073
Privatrechtliche Leistungsentgelte	23.001.574	22.497.150	21.837.064	-660.086
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	13.147.082	11.417.810	12.249.235	+831.425
Zinsen und ähnliche Erträge	1.076.783	694.200	1.464.706	+770.506
Aktivierete Eigenleistungen, Bestandsveränderungen	2.084.171	1.484.350	1.620.861	+136.511
Sonstige ordentliche Erträge	38.995.431	15.616.190	20.028.907	+4.412.717
Ordentliche Erträge	462.954.858	419.721.900	489.524.350	+69.802.450
Personalaufwendungen	127.970.657	128.272.710	131.079.831	+2.807.121
Versorgungsaufwendungen	567.364	685.290	551.316	-133.974
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	72.290.987	70.127.780	76.318.806	+6.191.026
Planmäßige Abschreibungen	40.885.944	35.999.720	38.848.968	+2.849.248
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.188.342	9.076.200	7.741.193	-1.335.007
Transferaufwendungen	178.707.575	167.054.850	171.275.989	+4.221.139
Sonstige ordentliche Aufwendungen	46.913.782	46.380.770	50.502.315	+4.121.545
Ordentliche Aufwendungen	474.524.651	457.597.320	476.318.418	+18.721.098
Ordentliches Ergebnis	-11.569.792	-37.875.420	13.205.932	+51.081.352
Außerordentliche Erträge	2.903.175	0	1.357.059	+1.357.059
Außerordentliche Aufwendungen	1.286.996	0	17.338.796	+17.338.796
Sonderergebnis	+1.616.179	0	-15.981.737	-15.981.737
Gesamtergebnis	-9.953.613	-37.875.420	-2.775.805	+35.099.615

Behandlung von Überschüssen u. Fehlbeträgen (in Mio. €):

Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,0	0,0	13,2	+13,2
Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	11,6	18,0	0,0	-18,0
Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	1,6	0,0	0,0	0,0
Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0,0	19,9	16,0	-3,9

Das ordentliche Ergebnis ist mit +13,2 Mio. € um +51,1 Mio. € besser als die Planung. Ursache sind vor allem deutliche Mehrerträge (+69,8 Mio. €), die überwiegend bei den Steuern und Zuweisungen entstanden sind. Diesen Mehrerträgen standen auch Mehraufwendungen gegenüber, jedoch beliefen sich diese „nur“ auf +18,7 Mio. €.

Weniger positiv als das ordentliche Ergebnis hat sich das Sonderergebnis entwickelt: durch einen Einzelvorgang fiel es nicht ausgeglichen sondern mit -16,0 Mio. € deutlich negativ aus.

In der Gesamtbetrachtung von ordentlichen Ergebnis und Sonderergebnis ergibt sich ein Gesamtergebnis von -2,8 Mio. € (geplant waren -37,9 Mio. €).

Während das positive ordentliche Ergebnis (+13,2 Mio. €) der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt wurde, erfolgte zum Ausgleich des negativen Sonderergebnisses (-16,0 Mio. €) eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses. Damit verringern sich die Rücklagen in der Summe um 2,8 Mio. €.

Nachfolgend finden Sie Erläuterungen zu den zentralen Ertrags- und Aufwandsarten.

2.1 Ordentliche Erträge

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Steuern und ähnliche Abgaben	179,9	168,8	208,4	+39,6

darunter:

Grundsteuer A und B	25,1	25,2	25,5	+0,3
Gewerbsteuer	85,8	76,0	106,0	+30,0
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	53,1	51,5	59,7	+8,2
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	8,7	8,5	9,3	+0,8
Sonstige Gemeindesteuern	1,4	1,8	1,8	0,0
Familienleistungsausgleich	5,0	4,9	5,3	+0,4
Leistungen des Landes aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleis- tungen am Arbeitsmarkt (Wohngeld)	0,8	0,9	0,8	-0,1

In 2012 war das Gewerbsteuerergebnis erheblich von hohen Nachzahlungen geprägt (2011: 17,3 Mio. €; 2012: 36,4 Mio. €). Dieser Zuwachs verteilt sich auf nur einige wenige Firmen, die in hohem Umfang Nachzahlungen zu leisten hatten. Das Vorauszahlungsniveau war gegenüber dem Vorjahr in etwa konstant.

Für unsere Planung waren wir noch von einem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer i. H. v. 4,1 Mrd. € ausgegangen; die gute konjunkturelle Entwicklung führte dann zu einem Gesamtergebnis von 4,6 Mrd. €.

Nach wie vor robust entwickelte sich der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer. Hier setzte sich der Aufwärtstrend der Vorjahre fort.

Diese drei Positionen haben mit zusammen +39,0 Mio. € ganz wesentlich zur Verbesserung der Ertragsseite gegenüber der Planung beigetragen.

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Zuweisungen u. Zuwendungen, Umlagen	145,1	142,8	167,1	+24,3

darunter:

Schlüsselzuweisungen (FAG)	76,6	80,6	88,6	+8,0
Zuweisungen nach § 11 FAG	4,4	4,4	4,4	0,0
Zuweisungen u. Zuwendungen für laufende Zwecke	38,4	38,3	51,5	+13,2
Grunderwerbsteuer	13,6	8,5	9,2	+0,7
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	4,5	4,9	6,0	+1,1
Status-quo-Ausgleich nach § 22 FAG	0,0	0,5	0,0	-0,5
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung des Bundes für die Umsetzung der Grundsi- cherung für Arbeitssuchende	7,6	5,6	7,4	+1,8

Ebenfalls erheblich zur Verbesserung des Gesamthaushalts haben folgende Positionen beigetragen:

Die seit Erarbeitung der Planzahlen für den Doppelhaushalt 2011/2012 in 2010 erfreulich deutliche konjunkturelle Verbesserung führte auch bei den Schlüsselzuweisungen zu Mehrerträgen. Der Anstieg gegenüber 2011 ist darüber hinaus auch darauf zurückzuführen, dass wir aufgrund unserer Gewerbsteuerstärke in 2009 in der Folge dann in 2011 nur einen geringeren Anspruch auf Schlüsselzuweisungen hatten.

Die Mehrerträge bei den Zuweisungen und Zuwendungen für laufende Zwecke wurden vorwiegend durch gesetzliche Änderungen ausgelöst: zum einen ist dies die Anhebung der Förderung für die (Klein-)Kinderbetreuung (+8,7 Mio. €) und zum anderen die prozentuale Erhöhung der Beteiligung des Bundes

an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (+3,0 Mio. €). Die höheren Zuschüsse werden u. a. deswegen gewährt, weil in diesen Bereichen die kommunalen Aufwendungen in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind und – gerade beim Betreuungsplatzausbau – auch künftig steigen werden.

Das Grunderwerbsteuerergebnis 2011 war - geprägt von Grundstücksgeschäften in der Bahnstadt - überdurchschnittlich hoch. Daher kam der Rückgang in 2012 gegenüber dem Vorjahr nicht unerwartet.

Ein Teil der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten war bis 2011 bei den öffentlich-rechtlichen Entgelten gebucht und für 2012 auch dort geplant worden. Die Abweichung gegenüber dem Planwert bei den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten resultiert aus dieser veränderten Kontenzuordnung.

Im Rahmen des Status-quo-Ausgleichs nach § 22 FAG werden zwischen den Stadt- und Landkreisen die durch die Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände entstehenden Be- und Entlastung ausgeglichen. Ein Faktor für den Ausgleich ist die Steuerkraft, so dass wir in 2012 keine Zahlung erhalten haben, sondern eine Zahlung leisten mussten (siehe hierzu unter „Transferaufwendungen“).

Deutlich über dem Ansatz lag die Leistungsbeteiligungen des Bundes an den kommunalen Kosten der Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende, da der Bund seine pauschale Beteiligung von bisher 28,5% auf 39,8% aufgestockt hat, um sowohl die Übernahme der Warmwasserkosten im Rahmen des SGB II zu finanzieren als auch zur Abgeltung der Leistungen aus dem neu eingeführten Bildungs- und Teilhabepaket.

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Sonstige Transfererträge	5,6	4,7	5,2	+0,5

Hier werden nahezu ausschließlich Ersätze von sozialen Leistungen gebucht. Die Mehrerträge entstanden im Wesentlichen dadurch, dass – wie auch schon in 2011, aber entgegen unserer Planung im Doppelhaushalt 2011/2012 – die Elternersätze für Tagespflege hier zu buchen waren und nicht bei den Kostenerstattungen (+ 0,4 Mio. €).

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Öffentlich-rechtliche Entgelte	54,0	51,7	51,6	-0,1

darunter:

Verwaltungs- und Benutzungsgebühren	52,9	50,6	51,6	+1,0
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen	1,1	1,1	0,0	-1,1

Zu Mehrerträgen bei den Verwaltungs- und Benutzungsgebühren kam es insbesondere bei den Baugenehmigungsgebühren (+1,8 Mio. €), ausgelöst durch mehrere Großbauvorhaben und durch die Bautätigkeit in der Bahnstadt. Lediglich auf einer Veränderung des Kontenplans (Verschiebung der Kindergartenentgelte von den privatrechtlich Leistungsentgelten hin zu den öffentlich-rechtlichen Entgelten) beruhen die „Mehrerträge“ beim Kinder- und Jugendamt (+2,8 Mio. €).

Mindererträge hingegen waren zu verzeichnen durch eine Anpassung der Gebührenrückstellungen (Abfall und Abwasser, zusammen -2,3 Mio. €), bei den Friedhöfen (rückläufige Bestattungszahlen, Inanspruchnahme günstigerer Bestattungsformen, passive Rechnungsabgrenzung bei den Grabnutzungsgebühren) sowie im Bereich der Abfallwirtschaft (insbesondere US-Army und Aufhebung der Benutzungsgebühren auf den Recyclinghöfen).

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen sind ab 2012 bei den Zuweisungen und Zuwendungen zu buchen.

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Privatrechtliche Leistungsentgelte	23,0	22,5	21,8	-0,7

darunter:

Mieten und Pachten	9,1	8,7	8,7	0,0
Erträge aus Verkauf	7,6	6,1	7,0	+0,9
Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	6,3	7,7	6,1	-1,6

Der Rückgang bei den Mieten und Pachten gegenüber dem Ergebnis 2011 resultiert daraus, dass einige Mietverhältnisse (insbesondere im Bereich der Bahnstadt) beendet wurden.

Bei den Erträgen aus Verkauf gab es Mehrerträge insbesondere beim Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (+0,5 Mio. €) aufgrund von des höheren Preisniveaus bei den Treibstoffpreisen sowie bei der Papier- und Schrottvermarktung sowie beim Amt für Schule und Bildung durch die Bruttodarstellung des Mittagstisches in der Verlässlichen Grundschule (+0,7 Mio. €; gleichzeitig auch ein Mehraufwand in gleicher Höhe bei den Sach- und Dienstleistungen).

Zu Mindererträgen bei den sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten kam es durch die bereits oben erwähnte Buchung der Kindergartenentgelte bei den öffentlich-rechtlichen Entgelten (-2,6 Mio. €). Mehrerträge waren hingegen beim Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung zu verzeichnen (+0,5 Mio. €) durch einer Verschiebung zwischen den öffentlich-rechtlichen Entgelten und den privatrechtlichen Leistungsentgelten sowie bei den Vermessungsleistungen und Gutachten des Vermessungsamtes (+0,3 Mio. €).

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	13,1	11,4	12,2	+0,8

Aufgrund höherer Zuweisungszahlungen bei den Asylbewerbern kam es zu höheren Erstattungsleistungen im Rahmen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (+0,5 Mio. €).

Darüber hinaus ist auch die Personalkostenerstattung der Bundesagentur für Arbeit für das Jobcenter höher ausgefallen als geplant (+0,2 Mio. €).

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Zinsen und ähnliche Erträge	1,1	0,7	1,5	+0,8

darunter:

Zinserträge	1,1	0,7	1,0	+0,3
Besondere Erträge	0,0	0,0	0,5	+0,5

Die Mehrerträge bei den Zinsen entstanden aufgrund der überdurchschnittlichen Liquidität im Cash-Management sowie durch Geldanlagen.

Nach Beendigung eines Beteiligungsverhältnisses wurde bei den besonderen Erträgen die über mehrere Jahre hinweg angesparte Dividende vereinnahmt.

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Aktivierete Eigenleistungen, Bestandsveränderungen	2,1	1,5	1,6	+0,1

Hierbei handelt es sich um Leistungen, die u. a. das Gebäudemanagement, die Regiebetriebe Gartenbau und Straßenunterhaltung sowie die Werkstätten für investive Maßnahmen des Finanzhaushalts erbringen und so das Anlagevermögen erhöhen. Das Ergebnis ist höher als geplant; die Mindererträge gegenüber dem Vorjahr verteilen sich auf mehrere Ämter.

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Sonstige ordentliche Erträge	39,0	15,6	20,0	+4,4

darunter:

Konzessionsabgaben	8,3	7,7	9,2	+1,5
Erstattung von Steuern	0,0	0,0	0,1	+0,1
Besondere Erträge	7,9	7,9	7,7	-0,2
Weitere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	0,7	0,0	0,7	+0,7
Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	22,1	0,0	2,3	+2,3

Die Mehrerträge bei der Konzessionsabgabe von den Stadtwerken Heidelberg resultieren aus einer Nachzahlung für 2011 sowie aus einer höheren Abschlagszahlung für 2012.

Bei den besonderen Erträgen gleichen die Mehrerträge aus der Verzinsung von Steuernachzahlungen bei den Gewerbesteuer (+0,6 Mio. €) die Mindererträge bei den Bußgeldern (-0,5 Mio. €) aus.

Großen Einfluss auf das Gesamt-Haushaltsergebnis hatten in 2011 die nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträge. In 2011 wurde u. a. eine Rückstellung i. H. v. 21,5 Mio. € aufgelöst. Diese hatten wir in 2009 aufgrund unseres überdurchschnittlich guten Ergebnisses bei der Gewerbesteuer gebildet für die zeitversetzt in 2011 daraus resultierenden Belastungen im Rahmen des Finanzausgleichs.

In 2012 wurden eine Rückstellung für die Deponie Feilheck (1,1 Mio. €) sowie Wertberichtigungen (u. a. im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen) i. H. v. 0,6 Mio. € aufgelöst.

2.2 Ordentliche Aufwendungen

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Personal- und Versorgungsaufwendungen	128,5	129,0	131,6	+2,6

Die Ansatzbildung für den Doppelhaushalt 2011/2012 war geprägt durch die äußerst angespannte Finanzsituation. Bereits im unterjährigen Steuerungsbericht für 2012 wurde eine Überschreitung von ca. 3 Mio. € im Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen prognostiziert, die durch erhebliche Anstrengungen und die Erschließung weiterer Einsparpotenziale im Jahresergebnis auf 2,6 Mio. € reduziert werden konnte.

Ursache für die Überschreitung ist insbesondere die gegenüber der Ansatzbildung wesentlich höhere Tarifentwicklung der Jahre 2011 und 2012 im Bereich der Beschäftigten. Mit diesen Steigerungen war vor dem Hintergrund der Finanzkrise nicht zu rechnen. Hinzu kommen zusätzliche Aufgaben, die zum Zeitpunkt der Ansatzbildung noch nicht bekannt bzw. absehbar waren und deswegen auch nicht berücksichtigt werden konnten. Beispielhaft zu nennen sind hier der Ausbau des Angebots im Bereich Kita-Plätze, die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets, der Bürgerbeteiligungsprozess, der Konversionsprozess, die Verkehrsprojekte Mobilitätsnetz und ÖPNV-Beschleunigung, die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels und die mit dem Dienstrechtsreformgesetz verbundenen Änderungen im Einsatzdienst der Feuerwehr. Die tarifliche Entwicklung sowie die beispielhaft genannten Aufgaben haben zu einer bei der Ansatzbildung nicht absehbaren, erheblichen Erhöhung der Personalaufwendungen geführt.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
	72,3	70,1	76,3	+6,2

darunter:

Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	16,2	14,5	15,9	+1,4
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	1,0	0,9	0,9	0,0
Mieten und Pachten, Leasing	7,1	7,4	9,3	+1,9
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	11,5	11,3	10,8	-0,5
Haltung von Fahrzeugen	2,0	1,7	1,8	+0,1
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	1,0	1,1	1,1	0,0
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	31,5	31,4	34,5	+3,1
Aufwendungen für den Verbrauch von sonstigen Vorräten	1,7	1,5	1,7	+0,2
Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen	0,3	0,3	0,3	0,0

Bei der Unterhaltung des beweglichen Vermögens wurden sowohl bei Hoch- als auch bei Tief- und Landschaftsbaumaßnahmen Mehraufwendungen gegenüber dem Ansatz getätigt.

Bei den Mieten und Pachten war die Miete an die Theaterstiftung im Ansatz nur anteilig berücksichtigt aufgrund der spielzeitbezogenen Planungen (+0,6 Mio. €). Außerdem war das Bewirtschaftungsentgelt für die Internationale Gesamtschule (IGH) im Rahmen des ÖPP-Vertrags (1,1 Mio. €) bei den Erstattungen geplant worden; nach einer Kontenplanänderung war es aber bei den Mieten und Pachten zu buchen. Durch dieses Bewirtschaftungsentgelt abgedeckt sind u. a. die Energiekosten, so dass die Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen allein für die IGH um 0,7 Mio. € unter dem Vorjahreswert liegen.

Ursache für die Planabweichung bei den besonderen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen sind zum einen Kontenplanänderungen (Kinder- und Jugendamt, insbesondere Heidelberg-Pass, +0,8 Mio. €) oder Veränderungen in der Buchungssystematik (Amt für Schule und Bildung, Buchung des Mittagstisches der Verlässlichen Grundschule nicht nur mit dem Zuschussbetrag sondern in voller Höhe bei den Erträgen und

Aufwendungen +0,7 Mio. €). Außerdem kam es zu zusätzlichen Beauftragungen von Winterdienstleistungen im Bereich der US-Army sowie zu einem Mehrbedarf bei der Entsorgung von Kompostabfällen.

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Planmäßige Abschreibungen	40,9	36,0	38,8	+2,8

darunter:

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	37,2	36,0	37,4	+1,4
Abschreibungen auf Finanzvermögen	3,7	0,0	1,4	+1,4

Über dem Planansatz aber in etwa in Höhe des Vorjahresergebnisses lagen die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen. Abweichungen gegenüber dem Ansatz sind bei den Abschreibungen nicht unüblich. Eine häufige Ursache sind Veränderungen in den Zeitabläufen von Investitionsmaßnahmen, verknüpft mit der Bildung von Haushaltsresten, außerdem eine zeitversetzte Aktivierung von Maßnahmen im Rechnungswesen sowie die Durchführung von nicht oder erst für später vorgesehenen Maßnahmen mittels Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln.

Bei den Abschreibungen auf Finanzvermögen werden uneinbringliche Forderungen gebucht (Erlass / Niederschlagung von Gebühren, Säumniszuschlägen, Steuern), die nicht planbar sind. In 2012 entfiel allein ein Anteil von 0,9 Mio. € auf den Bereich der Steuern.

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7,2	9,1	7,7	-1,4

darunter:

Zinsen	6,7	9,1	7,2	-1,9
Sonstige Finanzaufwendungen	0,5	0,0	0,5	+0,5

Bei den Kreditneuaufnahmen haben wir von dem aktuell günstigen Zinsniveau profitiert. Eine Analyse des städtischen Kreditportfolios Ende 2011 kam zu dem Ergebnis, dass die Stadt mit einem Durchschnittszins aller bestehenden Festsatzkredite von 3,6% gut aufgestellt ist und deutlich unter dem entsprechenden Landesdurchschnitt von 4,0% liegt.

Die sonstigen Finanzaufwendungen umfassen insbesondere die Aufzinsung von Rückstellungen Diese beläuft sich wie im Vorjahr auf 0,5 Mio. €. Hintergrund ist, dass Rückstellungen, deren vollständige Inanspruchnahme mehr als fünf Jahre nach der Bildung erfolgt, bei der Bildung abzuzinsen und über das Bestehen hinweg zu verzinsen sind.

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Transferaufwendungen	178,7	167,1	171,3	+4,2

darunter:

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	53,1	50,6	43,5	-7,1
Schuldendiensthilfen	0,5	0,7	0,6	-0,1
Sozialtransferaufwendungen	55,7	55,9	56,0	+0,1
Steuerbeteiligungen	15,7	13,3	17,2	+3,9
Allgemeine Umlagen	53,7	46,6	54,0	+7,4

Der Rückgang bei den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke gegenüber 2011 liegt insbesondere daran, dass in 2011 ein Verlustausgleich an die SWH gezahlt wurde (12,0 Mio. €, Ergebnishaushalt), in 2012 jedoch eine Kapitaleinlage (Finanzhaushalt), die anteilig durch den Ergebnishaushaltsansatz (4,0 Mio. €) gedeckt wurde.

Mittel i. H. v. 2,2 Mio. € wurden bei den Zuschüssen an freie Kita-Träger nicht benötigt, da es Verzögerungen beim Platzausbau und bei der Anpassung der Zuschüsse zur Umsetzung des Orientierungsplans kam.

Bei den Steuerbeteiligungen wird nur die Gewerbesteuerumlage gebucht; diese war aufgrund der höheren Gewerbesteuererträge höher als geplant.

Bei den allgemeinen Umlagen wurde u. a. die FAG-Umlage gebucht (+2,7 Mio. € gegenüber dem Ansatz aufgrund der Steuerkraft 2010) sowie eine Rückstellung i. H. v. 3,5 Mio. € für Belastungen im Bereich des Finanzausgleichs 2014, ausgelöst durch hohe Gewerbesteuerermehreinnahmen 2012.

Im Rahmen des Status-quo-Ausgleichs nach § 22 FAG werden zwischen den Stadt- und Landkreisen die durch die Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände entstehenden Be- und Entlastungen ausgeglichen. Ein Faktor für den Ausgleich ist die Steuerkraft, so dass wir in 2012 keine Zahlung erhalten haben, sondern eine Zahlung i. H. v. 1,2 Mio. € leisten mussten.

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Sonstige ordentliche Aufwendungen	46,9	46,4	50,5	+4,1

darunter:

Sonstiger Personal- u. Versorgungsaufwand	0,2	0,1	0,3	+0,2
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten u. Diensten, Geschäftsaufwand	9,6	8,6	10,2	+1,6
Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	1,3	1,3	1,3	0,0
Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit	14,5	15,4	16,4	+1,0
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung	19,6	20,5	19,5	-1,0
Besondere Aufwendungen	1,7	0,5	0,8	+0,3
Weitere sonstige Aufwendungen	0,0	0,0	2,0	+2,0

Bei den Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten und Geschäftsaufwendungen kam es insbesondere durch den vermehrten Einsätzen von Honorarkräften beim Theater sowie von durch die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen beim Stadtplanungsamt in Zusammenhang mit der Konversion und der Internationalen Bauausstellung zu Mehraufwendungen i. H. v. jeweils +0,3 Mio. € sowie beim Amt für Abfallwirtschaft i. H. v. +0,5 Mio. €.

Die Mehraufwendungen bei den Erstattungen resultieren aus einer höheren Umlagezahlung an den Abwasserzweckverband (+1,9 Mio. €).

Unter „aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung“ wird insbesondere die Kosten der Unterkunft für den Personenkreis der Arbeitssuchenden nach SGB II (Hartz IV) gebucht. Aufgrund der verbesserten Wirtschafts-

lage war die Zahl der vom Job-Center betreuten Bedarfsgemeinschaften rückläufig, so dass die Aufwendungen um 1,0 Mio. € unter dem Ansatz lagen.

Bei den besonderen Aufwendungen wird u. a. die Verzinsung von Steuererstattungsansprüchen bei der Gewerbesteuer gebucht. Die Verzinsung von Steueransprüchen aus (überzahlten) Gewerbesteuerzahlungen unterliegt Schwankungen, die nicht voraussehbar und auch nicht zu beeinflussen sind.

Bei den weiteren sonstigen Aufwendungen wurde eine Erhöhung der Rückstellung für eine Altlastensanierung gebucht.

2.3 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Außerordentliche Erträge	2,9	0,0	1,4	+1,4
Außerordentliche Aufwendungen	1,3	0,0	17,3	+17,3

Die Mehrerträge in 2012 ergaben sich aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden über dem Restbuchwert.

Zu den außerordentlichen Aufwendungen kam es überwiegend (15,97 Mio. €), nachdem die SWH einen Teil ihrer Kapitalrücklage zum Ausgleichs ihres Verlustvortrags verwendet hat.

3. Erläuterungen zur Gesamtfinanzzrechnung

Die Finanzrechnung schloss wie folgt ab:

	Ergebnis 2011 €	Plan 2012 €	Ergebnis 2012 €	Ergebnis/Plan Abweichung €
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	429.175.593	412.217.580	482.269.214	+70.051.634
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	438.105.281	421.597.600	426.675.146	+5.077.546
Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbedarf des Ergebnishaushalts	-8.929.688	-9.380.020	55.594.068	+64.974.088
Investitionszuwendungen	6.580.745	2.636.000	2.617.463	-18.537
Investitionsbeiträge und ähnliche Entgelte	5.322.307	0	222.080	+222.080
Veräußerung von Sachvermögen	9.808.513	7.725.000	3.217.231	-4.507.769
Veräußerung von Finanzvermögen	3.120	0	1.136.000	+1.136.000
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	613.090	428.600	999.672	+571.072
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	22.327.774	10.789.600	8.192.446	-2.597.154
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	8.450.675	6.000.000	5.383.213	-616.787
Baumaßnahmen	31.060.450	24.433.150	16.365.833	-8.067.317
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	4.207.152	6.635.040	6.320.843	-314.197
Erwerb von Finanzvermögen	25.350	0	16.344.600	+16.344.600
Investitionsförderungsmaßnahmen	8.673.834	8.054.600	5.984.346	-2.070.254
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	52.417.461	45.122.790	50.398.834	+5.276.044
Saldo aus Investitionstätigkeit	-30.089.686	-34.333.190	-42.206.388	-7.873.198
Finanzierungsmittelfehlbedarf/-überschuss	-39.019.374	-43.713.210	13.387.680	+57.100.890
Kreditaufnahmen, Restkaufpreisschulden, Umschuldungen	14.095.000	34.787.940	16.871.000	-17.916.940
Tilgung von Krediten, Umschuldungen	2.667.813	4.165.600	-2.799.385	-1.366.215
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	11.427.187	30.622.340	14.071.615	-16.550.725
Änderung des Finanzierungsmittelbestands	-27.592.187	-13.090.870	27.459.295	+40.550.165
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	74.831.757	0	53.650.160	+53.650.160
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	94.863.229	0	76.017.132	+76.017.132
Haushaltsunwirksame Vorgänge	-20.031.473	0	-22.366.972	-22.366.972
Anfangsbestand Zahlungsmittel	57.959.638	15.974.000	10.335.978	-5.638.022
Veränderung Zahlungsmittel	-47.623.660	-13.090.870	5.092.323	+18.183.193
Geldanlagen	25.000.000	0	41.850.000	+41.850.000
Endstand Zahlungsmittel (mit Geldanlagen)	35.335.978	2.883.130	57.278.301	+54.395.171

Die Finanzrechnung bildet die Einzahlungen und Auszahlungen ab und setzt sich im Wesentlichen aus folgenden 3 Teilbereichen zusammen:

- laufende Verwaltungstätigkeit
- Investitionstätigkeit
- Finanzierungstätigkeit.

Für den Teilbereich „laufende Verwaltungstätigkeit“ kann grundsätzlich auf die Erläuterungen zum Ergebnishaushalt (siehe Ziffer 2) verwiesen werden. Dieser Teilbereich schloss mit einem deutlich positiven Ergebnis von +55,6 Mio. € (Ansatz -9,4 Mio. €) ab, das zur Finanzierung der Investitionen und zur Senkung des Kreditbedarfs eingesetzt werden konnte.

Erläuterungen zum Teilbereich „Investitionstätigkeit“ finden Sie nachfolgend unter Ziffer 3.1 und 3.2. Dieser Teilbereich schloss mit einem negativen Betrag ab (Ergebnis -42,2 Mio. €, Plan -34,3 Mio. €).

Damit ergab sich aus diesen beiden Teilbereichen ein Finanzierungsmittelüberschuss i. H. v. +13,4 Mio. € statt des geplanten Finanzierungsmittelfehlbetrags (-43,7 Mio. €). Dass dennoch Kreditaufnahmen i. H. v. 16,9 Mio. € erfolgten, lag daran, dass die positive Gesamtentwicklung in diesem Umfang unterjährig noch nicht erkennbar war. Zur Finanzierungstätigkeit siehe Erläuterungen unter Ziffer 3.3.

Die haushaltsunwirksamen Vorgänge schlossen im Saldo negativ ab, weil hier alle Geldanlagen als Auszahlung zu buchen sind (in 2012 17 Mio. €).

Der Zahlungsmittelbestand (einschließlich Geldanlagen) hat sich gegenüber dem Vorjahr um 21,9 Mio. € erhöht. Als dies im November/Dezember 2012 deutlich wurde, konnten diese Mittel in großem Umfang zur Finanzierung der im neuen Doppelhaushalt für 2013/2014 geplanten Investitionen berücksichtigt werden.

Im Folgenden werden die Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushalts detailliert dargestellt.

3.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit blieben um 2,6 Mio. € unter dem Ansatz. Ursache hierfür war überwiegend eine Grundstücksveräußerung, deren kassenwirksame Abwicklung sich nach 2013 verzögerte. Im Einzelnen ergab sich folgendes Bild:

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Investitionszuwendungen	6,6	2,6	2,6	0,0
Investitionsbeiträge und ähnliche Entgelte	5,3	0,0	0,2	+0,2
Veräußerung von Sachvermögen	9,8	7,7	3,2	-4,5
Veräußerung von Finanzvermögen	0,0	0,0	1,1	+1,1
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0,6	0,4	1,0	+0,6

Investitionszuwendungen:

In 2012 verlief die Entwicklung in der Summe planmäßig. Im Vorjahr war das Ergebnis aufgrund von Zuschüssen aus dem Konjunkturpaket II i. H. v. rd. 4 Mio. € deutlich höher.

Investitionsbeiträge und ähnliche Entgelte:

Für das Baugebiet „Im Bieth“ war zwar in 2011 mit der Erhebung von vorläufigen Erschließungsbeiträgen für die ersten bebauten Grundstücke begonnen worden, eine Schlussabrechnung konnte jedoch auch in 2012 noch nicht durchgeführt werden. Im Jahr 2013 wird die Erhebung fortgesetzt. Eine Schlussrechnung ist nach endgültiger Abrechnung der Erschließungsmaßnahmen möglich.

Veräußerung von Sachvermögen:

Die Mindereinzahlungen resultieren zu einem großen Teil daraus, dass eine vom Gemeinderat im Dezember 2012 genehmigte Grundstücksveräußerung erst in 2013 kassenwirksam wurde.

Veräußerung von Finanzvermögen:

Zahlung aus der Beendigung einer Beteiligung zum 31.12.2011.

Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit:

Mehreinzahlungen entstanden u. a. bei den Rückflüssen von Ausleihungen (Darlehen), die an Dritte für Investitionen gewährt wurden (+0,3 Mio. €) sowie durch einem Kostenersatz der Stadtwerke für den Bau einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Carl-Bosch-Schule (+0,2 Mio. €).

3.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit lagen um 5,3 Mio. € über dem Plan. Allerdings gab es erhebliche Verschiebungen zwischen den einzelnen Kostenarten: so blieben die Baumaßnahmen um 8,0 Mio. € unter dem Ansatz während gleichzeitig eine Zahlung an die Kapitalrücklage der Stadtwerke i. H. v. 16,0 Mio. € geleistet wurde. Insgesamt stellte sich die Entwicklung wie folgt dar:

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	8,5	6,0	5,4	-0,6
Baumaßnahmen	31,1	24,4	16,4	-8,0
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	4,2	6,6	6,3	-0,3
Erwerb von Finanzvermögen	0,0	0,0	16,3	+16,3
Investitionsfördermaßnahmen	8,6	8,1	6,0	-2,1

Erwerb von Grundstücken und Gebäuden:

Die Minderauszahlungen sind bedingt durch einen Grundstücksverkauf, der in 2012 nicht mehr kassenwirksam abgewickelt werden konnte.

Neue Haushaltsreste nach 2013 wurden im Umfang von 0,5 Mio. € gebildet

Baumaßnahmen:

Neben dem Ansatz standen noch Haushaltsreste aus 2011 i. H. v. 11,4 Mio. € zur Verfügung. Dennoch kam es zu deutlichen Minderauszahlungen, insbesondere im Schul- und im Straßenbereich (-4,4 Mio. € bzw. -3,9 Mio. €). So wurden u. a. die Maßnahmen Erweiterung des Bunsen-Gymnasiums und Erweiterung/Sanierung der Julius-Springer in 2012 noch nicht begonnen, außerdem verzögerte sich der Mittelabfluss beim Neubau der Sporthalle am Helmholtz-Gymnasium (Sportzentrum Mitte). Gleiches gilt für die Maßnahme Ziegelhäuser-/Neuenheimer Landstraße. Später als geplant beginnt die Umgestaltung der Bahnhofstraße, hier wurden in 2012 nur Planungsmittel verausgabt.

Neue Haushaltsreste nach 2013 wurden im Umfang von 20,7 Mio. € gebildet

Erwerb von beweglichem Sachvermögen:

Neben dem Ansatz standen noch Haushaltsreste aus 2011 i. H. v. 3,9 Mio. € zur Verfügung. Die in 2012 veranschlagten Mittel wurden nicht in voller Höhe benötigt. Vor allem bei den Fahrzeugbeschaffungen (insbesondere Müllfahrzeuge) gab es zeitliche Verzögerungen. Außerdem wurde der Ansatz für die schrittweise Neuausstattung der Internationalen Gesamtschule im Rahmen der Sanierung nicht in voller Höhe benötigt, da sich der Sanierungsbeginn beim Haupthaus nach 2012 verschoben hat.

Neue Haushaltsreste nach 2013 wurden im Umfang von 3,8 Mio. € gebildet

Erwerb von Finanzvermögen:

Überwiegend für die Erhöhung der Kapitalrücklage der Stadtwerke Heidelberg um 16,0 Mio. €, u. a. in Zusammenhang mit den Investitionen in den Bau des Holzheizkraftwerks.

Neue Haushaltsreste nach 2013 wurden im Umfang von 5,2 Mio. € gebildet, insbesondere für die Ausstattung der Konversions-Gesellschaft mit Stammkapital.

Investitionsfördermaßnahmen:

Neben dem Ansatz standen noch Haushaltsreste aus dem Vorjahr i. H. v. 2,6 Mio. € zur Verfügung. Dass es dennoch zu deutlichen Minderauszahlungen kam, lag u. a. daran, dass bewilligte Zuschüsse noch nicht in vollem Umfang abgerufen wurden (u. a. bei den Bauzuschüssen für Kindertagesstätten freier Träger mit einem Übertrag nach 2013 i. H. v. 1,7 Mio. €, im ÖPNV-Bereich (2-gleisiger Ausbau der OEG an der Bergstraße und Investitionen in den R-/S-Bahn, Übertrag 0,6 Mio. €) sowie Zuschüsse für rationelle Energieverwendung und Wassermanagement (Übertrag 0,7 Mio. €)).

Neue Haushaltsreste nach 2013 wurden im Umfang von 4,1 Mio. € gebildet

3.3 Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	14,1	34,8	16,9	-17,9
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	2,7	4,2	2,8	-1,4

In 2012 erfolgten Neuaufnahmen von Förderkrediten in Höhe von 16,9 Mio. €. Getilgt wurden 2,8 Mio. €. Umschuldungen wurde keine vorgenommen. Der Schuldenstand (ohne Restkaufpreisschulden) zum 31.12.2012 betrug 188,3 Mio. €.

3.4 Liquidität

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	74,8	0,0	53,6	+53,6
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	94,9	0,0	76,0	+76,0

Bei den haushaltsunwirksamen Vorgängen handelt es sich um durchlaufende Gelder wie Umsatzsteuer, Liquiditätskredite und Mündelgeld sowie systembedingte Verrechnungsbuchungen der Gehaltsabrechnung. Außerdem werden hier alle Geldanlagen gebucht (in 2012 17 Mio. €).

	Ergebnis 2011 Mio. €	Plan 2012 Mio. €	Ergebnis 2012 Mio. €	Abweichung Mio. €
Endstand Zahlungsmittel (mit Geldanlagen)	35,3	2,9	57,3	+54,4

Die genannten Vorgänge der Finanzrechnung einschließlich der haushaltsunwirksamen Vorgänge haben dazu geführt, dass sich der Zahlungsmittelbestand (einschließlich Geldanlagen) in 2012 von 35,3 Mio. € auf 57,3 Mio. € erhöht hat.

Der Zahlungsmittelbestand wird u. a. dann benötigt, wenn die von 2012 nach 2013 übertragenen Haushaltsermächtigungen (Haushaltsreste) sowie die Budgetüberträge zu kassenwirksamen Auszahlungen führen. Insgesamt ergibt sich folgendes Bild:

Haushaltsreste (Ergebnishaushalt)	1,3 Mio. €
Haushaltsreste (Finanzhaushalt)	34,3 Mio. €
Budgetüberträge (Ergebnishaushalt)	7,0 Mio. €
Fehlbeträge im Budget (Ergebnishaushalt)	<u>-2,1 Mio. €</u>
Vorbelastung gesamt	40,5 Mio. €

Außerdem ist im Haushaltsplan 2013/2014 vorgesehen, den Zahlungsmittelbestand teilweise zur Eigenfinanzierung des Haushalts einzusetzen.

4. Lagebericht

4.1 Allgemeine Rahmenbedingungen

Auch in 2012 war die Finanzsituation der Staaten im Euro-Raum ein allgegenwärtiges Thema. Trotz aller Anstrengungen der Politik musste die Europäische Zentralbank (EZB) mit geldpolitischen Maßnahmen das europäische Finanzsystem stabilisieren und einen bedeutenden Beitrag zur Stützung der Banken leisten. Vor diesem Hintergrund hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Politik aufgefordert, einerseits eine stabile Architektur für Europa zu entwerfen, mit der ein langfristiger Ordnungsrahmen festgelegt wird, und andererseits eine Brücke zu bauen, die aus der aktuellen Krise dort hin führt.

Bei allen Anstrengungen zur Überwindung der Euro-Krise darf nicht übersehen werden, dass es weiterhin auch wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf im Inland gibt: Die Energiewende muss effektiv und effizient gestaltet werden, Reformen im Gesundheitswesen und im Steuersystem müssen vorangebracht werden.

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist hoch. So konnte Deutschland in 2012 ein Wachstum i. H. v. 0,7 Prozent verzeichnen. Damit stellte sich auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiterhin überaus positiv dar. Im Jahresverlauf ließ die konjunkturelle Dynamik jedoch aufgrund der merklichen Abkühlung der Weltwirtschaft und der hohen Verschuldung in den Industriestaaten kontinuierlich nach. Dennoch erscheint die Beschäftigungslage aber weiterhin stabil. Mit 41,6 Millionen erwerbstätigen Personen wurde in 2012 ein weiterer Beschäftigungsrekord erreicht.

Getrieben von der Entwicklung der staatlichen Einnahmen kam auch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Deutschland voran. Dabei stellte sich allerdings die Situation der Sozialversicherungen deutlich besser dar, während die Gebietskörperschaften weiterhin defizitär blieben. So sind die staatlichen Konsumausgaben überproportional gestiegen. Da nicht dauerhaft auf eine günstige konjunkturelle Entwicklung gebaut werden kann und zudem demographisch bedingte Mehrausgaben auf den öffentlichen Gesamthaushalt zukommen, mahnte der Sachverständigenrat mehr Ehrgeiz bei der Haushaltskonsolidierung an.

Im April 2007 hatten sich Bund, Länder und Kommunen auf dem sogenannten „Krippengipfel“ darauf verständigt, das Betreuungsplatzangebot für Kleinkinder bedarfsgerecht auszubauen und zum 01.08.2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz auch für Kinder unter 3 Jahren einzuführen. In 2012 hatte sich dann gezeigt, dass hierfür mehr Plätze benötigt werden als zunächst kalkuliert und dass außerdem der Platzausbau nicht ausreichend schnell voranschreitet. Neben ausreichend Räumlichkeiten werden vor allem auch qualifizierte pädagogische Fachkräfte benötigt. Trotz intensiver Bemühungen aller Beteiligten wurde vor allem auf kommunaler Seite angezweifelt, dass der Rechtsanspruch ab August 2013 umfassend erfüllt werden kann.

Ein weiteres zentrales Thema war und ist die Energiepolitik. Mit dem Beschluss des beschleunigten Atomaustritts ging die Stromerzeugung aus Kernenergie stark zurück. Dieser Rückgang konnte durch einen Zuwachs bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Braunkohle und durch höhere Stromimporte ausgeglichen werden. Allerdings ist es für die Netzbetreiber seitdem deutlich schwieriger geworden, die Versorgungssicherheit mit Strom zu gewährleisten. Bereits im Jahrzehnt davor hatten sich durch die Förderung der erneuerbaren Energien erhebliche Kosten angehäuften. Die damit eng verknüpften Steuern und Umlagen haben den Endkundenpreis für Strom drastisch steigen lassen. Daher hat Ende 2012 eine Diskussion eingesetzt, wie der Strompreisanstieg eingedämmt werden kann.

Quellen:

- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2012/13
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Jahreswirtschaftsbericht 2013
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Familienreport 2012 und 4. Zwischenbericht zur Evaluation des Kindförderungsgesetzes

4.2 Stand der Aufgabenerledigung

Im Jahr 2012 war eine stetige Erfüllung der kommunalen Aufgaben gewährleistet. Die gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung und damit die gute Beschäftigungslage haben zu höheren Erträgen und damit zu einer verbesserten Eigenfinanzierung beigetragen. Im Vordergrund der Aufgabenerledigung standen insbesondere folgende Themen und Schwerpunkte:

Bahnstadt:

In 2012 war für Heidelbergs neuen Stadtteil ein ganz besonderes Jahr: Im Sommer zogen die ersten Bewohner ein – mehrere Monate früher als geplant –, die erste Kita wurde eröffnet, der Nachbarschaftstreff startete und der erste Mieter zog in die SkyLabs. Außerdem fand in 2012 der städtebauliche Wettbewerb für ein Schul- und Bürgerzentrum statt. Die Bahnstadt entwickelt sich auch künftig dynamisch: bis Ende 2013 werden 2.000 Mieter und Wohnungseigentümer erwartet. Insgesamt bietet die Bahnstadt Raum für 5.000 Einwohner und 7.000 Arbeitsplätze.

Konversion:

Bis zum Jahr 2014 wird die US Army aus Heidelberg abziehen. Mit den Konversionsflächen bietet sich die einmalige Chance, Heidelberg von innen heraus neu zu strukturieren. Die Entwicklung der Flächen erfolgt in einem intensiven Dialog mit den Bürgern. Im Sommer 2012 wurden die Leitlinien für die Konversion verabschiedet und damit die Ziele für die Entwicklung der Flächen. Mit der Konversion soll Heidelberg als familienfreundlicher und sozial ausgewogener Wohnstandort gestärkt und das Profil im Bereich Wissenschaft und Wirtschaft weiter geschärft werden. Eine Nutzung von Immobilien für studentisches Wohnen ab 2013 wurde in 2012 gezielt vorangetrieben.

Internationale Bauausstellung (IBA) „Wissenschaft-Stadt“:

Im Oktober 2012 startete die IBA mit Auftaktveranstaltungen (u. a. mit einem Symposium, Ausstellungen und Stadtführungen). In Heidelberg soll für die Dauer von 10 Jahren ein Labor für die Stadtentwicklung in der Wissensgesellschaft entstehen. Der Gemeinderat hat daher ebenfalls im Herbst 2012 beschlossen, die „Internationale Bauausstellung Heidelberg GmbH“ zu gründen.

Mobilitätsnetz

Im Mobilitätsnetz werden Neu- und Ausbauprojekte im Heidelberger Straßenbahnnetz gebündelt und zu einem Maßnahmenpaket zusammengefasst. In 2012 erfolgten umfangreiche Planungsarbeiten, die es ermöglichten, im März 2013 den Rahmenantrag an den Landesverkehrsminister zu übergeben. In der ersten Stufe sind die Teilprojekte Straßenbahn ins Neuenheimer Feld, Straßenbahn in die Bahnstadt und Umbau der Kurfürsten-Anlage enthalten. Das Gesamtprojekt mit einem Volumen von etwa 160 Mio. € soll mit Fördermitteln aus dem Bundesprogramm nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) realisiert werden.

Bürgerbeteiligung:

Im Sommer 2012 hat der Gemeinderat Leitlinien für eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung beschlossen. Ein Instrument hierbei ist die „Vorhabensliste“, mit deren Hilfe man sich anhand kurzer Steckbriefe über anstehende Projekte informieren kann. Da die Liste regelmäßig aktualisiert wird und Projekte darin in einem frühen Stadium aufgenommen werden, ist auch eine Mitgestaltung der Bürgerschaft an ihnen möglich.

Masterplan 100% Klimaschutz:

Heidelberg macht sich seit Jahren für den Klimaschutz stark – auch auf internationaler Ebene. Seit 2012 beteiligt sich Heidelberg als eine von 19 Modellkommunen am Förderprogramm „Masterplan 100% Klimaschutz“. Ziel ist die klimaneutrale Kommune: bis 2050 will Heidelberg die CO₂-Emissionen um 95% reduzieren. Dies soll gemeinsam mit den Bürgern sowie zentralen Akteuren der Stadt erreicht werden.

Kleinkindbetreuung

Im Bereich der Kleinkindbetreuung (Kitas und Tagespflege) wurde auch in 2012 das Platzangebot weiter ausgebaut. Bis zum Jahresende lag der Versorgungsgrad bei rund 45%. Damit ist Heidelberg in Westdeutschland führend. Der Platzausbau geht auf Grund des hohen Bedarfs auch in 2013 und 2014 weiter. In 2014 soll ein Versorgungsgrad von 53% erreicht werden.

4.3 Wesentliche Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen aus den Teilhaushalten

In den einzelnen Teilhaushalten gab es über die unter Ziffer 4.2 genannten Themen und Aufgabenschwerpunkten insbesondere folgende weitere Entwicklungen, die eine wesentliche inhaltliche oder finanzielle Bedeutung für den Gesamthaushalt und / oder dessen weitere Entwicklung haben:

Teilhaushalt 20 – Finanzverwaltung / Kasse

Als Aufgabe mit zentraler grundsätzlicher Bedeutung ist das Beteiligungscontrolling beim Kämmereiamt angesiedelt. Neben der Mitwirkung beim strategischen Controlling, werden hier auch das operative Controlling wahrgenommen und Zahlungen an die Beteiligungsunternehmen (Verlustausgleiche, Zuschüsse für investive Maßnahmen, etc.) abgewickelt. Neben den Stadtwerken (siehe Rechenschaftsbericht 2011) ist die Tiergarten GmbH eine weitere finanziell wesentliche und in der Öffentlichkeit stark wahrgenommene Beteiligungsgesellschaft der Stadt Heidelberg. Folgende Zahlungen an die Tiergarten GmbH sind im Betrachtungszeitraum geleistet worden bzw. sind geplant:

in Mio. €	RE 2009	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Plan 2013	Plan 2014
Ergebnishaushalt	1,73	1,74	1,75	1,78	1,90	1,90
Finanzhaushalt	1,25	-	-	-	0,50	0,50

Eine in 2011 und 2012 durchgeführte unabhängige Befragung machte deutlich, dass 80% der befragten Besucher ihren Tag im Zoo mit „sehr gut“ oder „gut“ beurteilten. Gelobt wurde dabei die positive Entwicklung der gesamten Zooanlage in den letzten Jahren, insbesondere das in 2010 eröffnete Elefantenhaus. Als angemessen oder sogar günstig stufte 83% der Befragten den Eintrittspreis ein. Zu dem guten Angebot trägt die Stadt mit ihren Zuschüssen nicht unerheblich bei. So wurden bzw. werden in den Jahren 2009 bis 2014 Investitionszuschüsse für das Elefantenhaus, die Löwenaußenanlage und den Streichelzoo gewährt.

Teilhaushalt 50 – Amt für Soziales und Senioren

Die vielfältigen Leistungen der Eingliederungshilfe haben zum Ziel, behinderten Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Aufgrund der demographischen Entwicklung und der Umsetzung des Inklusionsgedankens ist ein deutlicher Anstieg der Ausgaben zu erwarten. Dabei ist zu beobachten, dass der Anteil von Menschen mit Schwerst- und Mehrfachbehinderungen und psychisch kranken Menschen ansteigt.

Kennzahlen zur Eingliederungshilfe für behinderte Menschen:

	RE 2009	RE 2010	RE 2011	RE 2012	Plan 2013	Plan 2014
Anzahl Personen (31.12.)	728	731	748	746	780	785
Bruttoaufwand in Mio. €	15,9	15,8	16,0	15,8	16,9	17,4

Um ein selbstverständlicheres und von gegenseitiger Unterstützung geprägtes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung zu fördern, sollen die Möglichkeiten einer gemeinsamen Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten und Schulen besser genutzt und ausgebaut werden. Vor diesem Hintergrund wurde auch die neue Schule in der Bahnstadt als „Haus des gemeinsamen Lernens“ und damit als inklusive Bildungseinrichtung konzipiert.

Teilhaushalt 51 – Kinder- und Jugendamt

Die hohe Nachfrage nach Betreuungsplätzen hat über Jahre hinweg zu einer beständigen Erweiterung des Angebots geführt: durch die Schaffung neuer Plätze und durch die Umwandlung bestehender Plätze in Ganztagesplätze wird dem Bedürfnis von Frauen und Männern Rechnung getragen, Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren zu können. Die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Kleinkindbetreuungsplatz ab dem 01.08.2013 hat den Druck auf die Kommunen verschärft. Obwohl in Heidelberg in der Kleinkindbetreuung bereits ein Versorgungsgrad von 45% erreicht ist – ein Spitzenwert für Westdeutschland – besteht nach wie vor Bedarf an weiteren Plätzen, denn für Heidelberg ergibt sich hier eine besondere Situation: entgegen dem Landestrend sinken die Kinderzahlen bei den unter Dreijährigen bislang nur leicht, bei den über Dreijährigen steigen sie sogar an. Außerdem lassen viele „Auswärtige“ – vor allem Mitarbeiter der Universität, des Klinikums und von großen Firmen – ihre Kinder in Heidelberg betreuen.

Kennzahlen zur Anzahl an Betreuungsplätzen in Einrichtungen je Kindergartenjahr (Stadt und freie Träger):

	RE 2008/09	RE 2009/10	RE 2010/11	RE 2011/12	Plan 2012/13	Plan 2013/14
Anzahl an Plätzen für						
• 0 – 3 Jährige	977	1.013	1.161	1.240	1.470	1.650
• 3 – 6 Jährige	3.635	3.718	3.821	3.881	4.185	4.380

Teilhaushalt 61 – Stadtplanungsamt

34 Jahre nach der letzten Umgestaltung sind die Gestaltungselemente und die Stadtmöblierung in der Hauptstraße abgenutzt und entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen an ein attraktives Stadtzentrum. Die Hauptstraße als ein Aushängeschild des Tourismus lässt vor allem an Aufenthaltsqualität vermissen. Daher war die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur Modernisierung der Hauptstraße zu entwickeln. Dies erfolgte gemeinsam mit Fachleuten und interessierten Bürgern, die über öffentliche Spaziergänge, eine Internet-Befragung und einen Bürgerworkshop in den Prozess eingebunden wurden. Auf dieser Basis wurde in 2012 intensiv an der lichttechnischen Planung mit Auswahl der Beleuchtung und Masten, an der Freiraumplanung mit dem Schwerpunkt ausreichendes Sitzplatzangebot und Fahrradabstellmöglichkeiten, an der punktuellen Aufwertung einzelner Bereiche so wie an der Vorbereitung der Sanierung des Natursteinpflasters gearbeitet. Für diese Maßnahmen wurden in den Haushaltsplan 2013/2014 insgesamt 2,1 Mio. € eingestellt.

Teilhaushalt 80 – Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung

Im Rahmen der Zielvereinbarungen für den Haushalt 2011/2012 hat der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt, ein Gutachten zur Untersuchung der wirtschaftlichen Grundlagen eines innenstadtnahen kommerziellen Kinos zu erstellen. Nach Prüfung von verschiedenen Standortalternativen und vorbereitenden Gesprächen mit potenziellen Grundstücksverkäufern und interessierten Investoren wird ein Standort in der Bahnstadt favorisiert. Dort würde das Kino nicht nur gut in das städtebauliche Konzept passen sondern wäre sowohl mittels PKW als auch über den ÖPNV gut zu erreichen. Inzwischen konnte im April 2013 ein Investor und Betreiber vorgestellt werden.

5. Jahresabschlussanalyse

Im Rechenschaftsbericht 2011 haben wir unsere Darstellung von Kennzahlen im Rahmen der Jahresabschlussanalyse grundlegend verändert. Um die Kennzahlen besser für die Haushaltssteuerung nutzen zu können, haben wir uns auf wenige aber zentrale Kennzahlen beschränkt, unsere Zeitreihen um Planzahlen für kommende Jahre ergänzt und die Entwicklung mit Hilfe von Grafiken veranschaulicht.

Bei der Nutzung der Kennzahlen ist zu beachten, dass Einzelfallentwicklungen (z. B. die Bildung oder Auflösung von Rückstellungen) einige Kennzahlen erheblich beeinflussen können. Daher müssen die Kennzahlen zum einen erläutert werden und zum anderen sollten sie immer nur im Gesamtkontext gemeinsam mit anderen Kennzahlen betrachtet werden.

5.1 Ergebnisrechnung

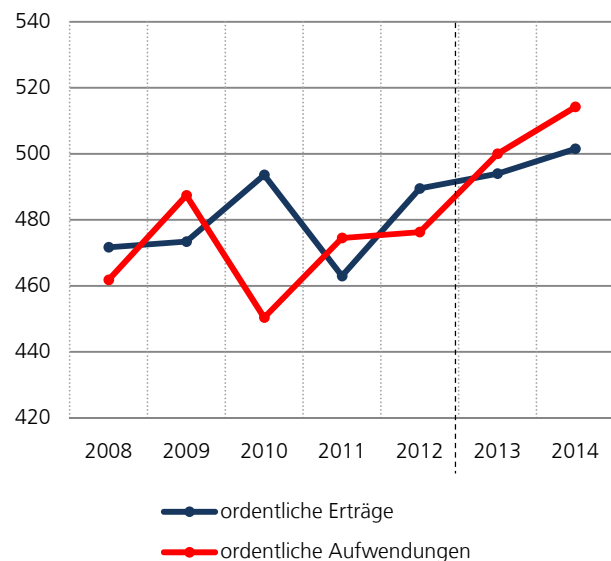
in Mio. €	Ergebnis					Plan	
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
ordentliche Erträge	471,7	473,4	493,6	463,0	489,5	494,0	501,5
ordentliche Aufwendungen	461,8	487,4	450,4	474,5	476,3	500,0	514,2
ordentliches Ergebnis	9,9	-14,0	43,2	-11,6	13,2	-6,0	-12,7

Dass die ordentlichen Erträge in 2010 die ordentlichen Aufwendungen so deutlich überstiegen, lag vor allem daran, dass Rückstellungen i. H. v. 45,8 Mio. aufgelöst wurden. Zusätzliche Liquidität war mit diesem Vorgang nicht verbunden, so dass sich das gute Ergebnis 2010 zwar positiv auf die Rücklagen auswirkte, aber nicht in gleichem Umfang auch auf den Kassenbestand.

Anders das Ergebnis 2012: hier stiegen vor allem die Erträge aus Steuern (insbesondere Gewerbesteuer und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) und Zuweisungen (insbesondere Schlüsselzuweisungen und Zuschüsse für die (Klein-)Kindbetreuung) deutlich gegenüber dem Vorjahr an (+50,4 Mio. €), so dass die Abschreibungen voll erwirtschaftet und aus der laufenden Verwaltungstätigkeit heraus ein wesentlicher Beitrag zur Finanzierung der Investitionen erzielt wurde.

Für 2013 und 2014 wurde auf Basis des Haushaltserlasses und auf Grundlage der örtlichen Entwicklung bei der Gewerbesteuer geplant, dass die Erträge aus Steuern und Zuweisungen auf einem hohen Niveau bleiben, im Vergleich zu 2012 in der Summe aber eher moderat anwachsen.

Seit 2010 steigen die ordentlichen Aufwendungen zum Teil deutlich an. Der Anstieg ab 2013 wird insbesondere ausgelöst durch höhere Personalaufwendungen (in 2013 +7,3 Mio. € gegenüber 2012), höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (+7,3 Mio. €) und höhere Transferaufwendungen (+12,9 Mio. €). Die Mehraufwendungen resultieren zum Teil aus Gesetzesänderungen (u. a. + 55 neue Stellen im Kinder- und Jugendamt) und korrespondieren teilweise mit Mehrerträgen (u. a. Zuschüsse Kinderbetreuung), so dass zur weiteren Beurteilung der Haushaltslage die Entwicklung des ordentlichen Ergebnisses herangezogen werden sollte.



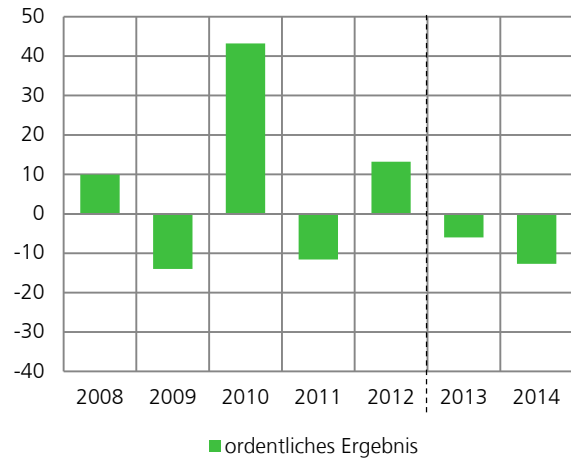
in Mio. €	Ergebnis					Plan	
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
ordentliches Ergebnis	9,9	-14,0	43,2	-11,6	13,2	-6,0	-12,7

In 2010 war vor allem die Auflösung von Rückstellungen i. H. v. 45,8 Mio. € für das gute ordentliche Ergebnis verantwortlich.

Nachdem insbesondere infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise das ordentliche Ergebnis 2011 negativ ausfiel (-11,6 Mio. €), machte sich in 2012 die verbesserte Ertragslage positiv bemerkbar (ordentliches Ergebnis: +13,2 Mio. €).

Da aufgrund von Schwankungen nicht immer davon ausgegangen werden kann, dass die Erträge höher liegen als die Aufwendungen, hat der Gesetzgeber den Haushaltsausgleich über Rücklagemittel für zulässig erklärt (siehe hierzu unter Ziffer 5.3).

Da jedoch in 2013 und 2014 trotz guter Konjunkturaussichten kein positives ordentliches Ergebnis veranschlagt werden konnte, hat der Gemeinderat in seinem Leitantrag festgeschrieben, dass in den Planungen ab 2015 die Aufwandssteigerung unter der Ertragsentwicklung liegen soll.

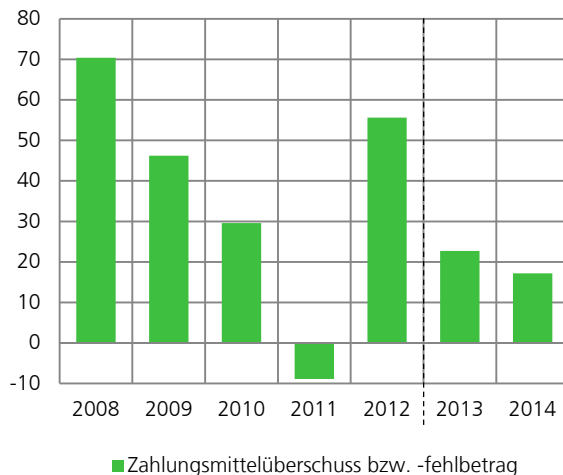


5.2 Finanzrechnung

in Mio. €	Ergebnis					Plan	
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit:							
- Zahlungsmittelüberschuss	70,4	46,2	29,6	-8,9	55,6	22,7	17,2
- Zahlungsmittelfehlbetrag							

Nahezu im gesamten Betrachtungszeitraum kann im Ergebnishaushalt ein Zahlungsmittelüberschuss erwirtschaftet werden. Lediglich in den Jahren 2011 gab es einen Fehlbetrag, insbesondere infolge der geringeren Erträge wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Ursache für das gute Ergebnis 2012 sind vor allem die hohen Erträge bei den Steuern und Zuweisungen.

Ein Zahlungsmittelüberschuss bedeutet, dass aus dem Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit heraus ein Überschuss erwirtschaftet werden kann zur Finanzierung der Investitionen. Daher ist der nächste Schritt der Jahresabschlussanalyse eine Betrachtung, welcher Mittelbedarf durch die Investitionstätigkeit ausgelöst wird und wie dieser Mittelbedarf finanziert wird.



in Mio. €	Ergebnis					Plan	
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Einzahl. Investitionstätigkeit	15,1	12,4	45,9	22,3	8,2	19,0	10,4
Auszahl. Investitionstätigkeit	70,7	60,1	89,4	52,4	50,4	72,8	68,6
Saldo Investitionstätigkeit	-55,6	-47,7	-43,5	-30,1	-42,2	-53,8	-58,2

Der Saldo aus Investitionstätigkeit ist in der Regel negativ, da die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (insbesondere Beiträge, Einnahmen aus Veräußerungen und Investitionszuschüsse) niedriger sind als die Auszahlungen für Investitionen (insbesondere Ausgaben für den Erwerb von Vermögen, für Baumaßnahmen und für Investitionszuschüsse an Dritte).

Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde in 2011 und 2012 die Investitionstätigkeit eingeschränkt, da insbesondere aus laufender Verwaltungstätigkeit kein Finanzierungsbeitrag zur Verfügung stand bzw. zu erwarten war (siehe Grafik oben).

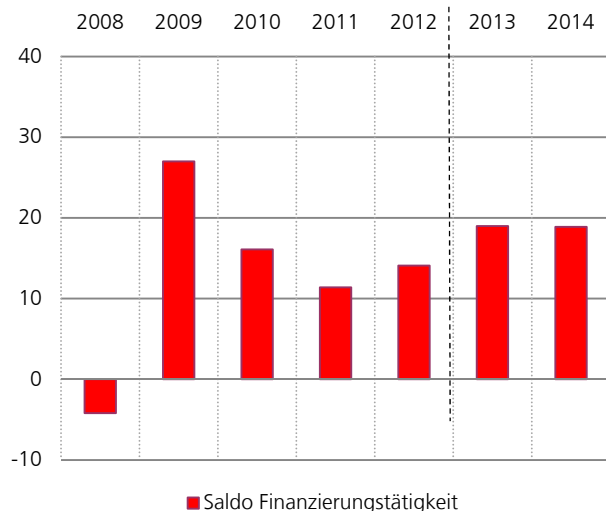
Zur Investitionsfinanzierung stehen neben Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und dem Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit grundsätzlich folgende Mittel zur Verfügung: Kreditaufnahmen (= Finanzierungstätigkeit) sowie in Vorjahren angesparte Kassenmittel (= Zahlungsmittelbestand). In wie weit Kreditaufnahmen erfolgten bzw. der Zahlungsmittelbestand eingesetzt wurde zeigen die nachfolgenden Tabellen.



in Mio. €	Ergebnis					Plan	
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Saldo Finanzierungstätigkeit	-4,2	27,0	16,1	11,4	14,1	19,0	18,9

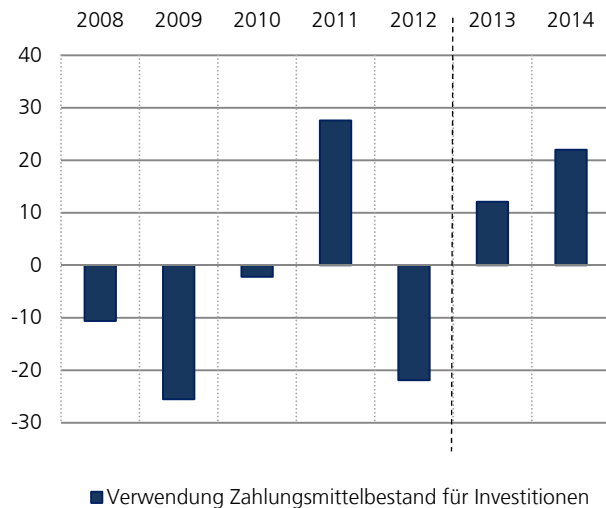
In 2008 war der Saldo aus Finanzierungstätigkeit negativ, d. h. dass die Kredittilgungen die Kreditneuaufnahmen überstiegen haben und damit der Schuldenstand verringert werden konnte. Ab 2009 stieg der Schuldenstand dann wieder an.

Ein zentrales Thema der Haushaltsplanberatungen 2013/2014 war, wie der Anstieg der Verschuldung für die beiden Planjahre und auch mittelfristig begrenzt werden kann und gleichzeitig die notwendigen Investitionen getätigt werden können.



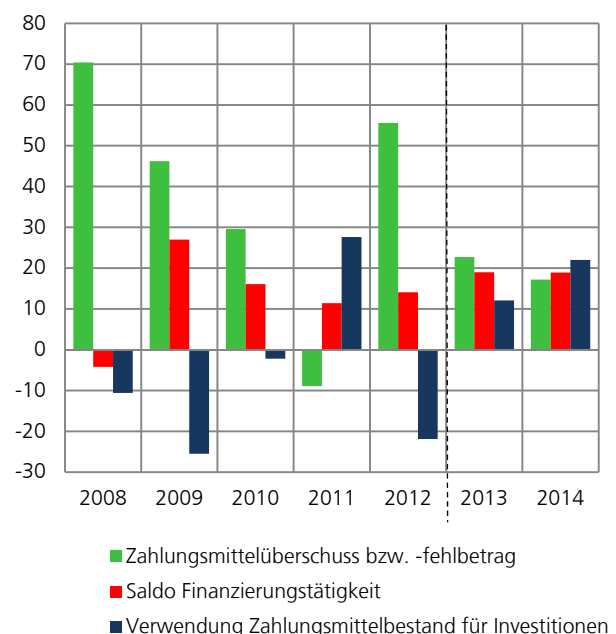
in Mio. €	Ergebnis					Plan	
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Einsatz Zahlungsmittelbestand für Investitionen				27,6		12,1	22,0
Aufstockung des Zahlungsmittelbestands	10,6	25,5	2,2		21,9		

Zur Finanzierung der Investitionstätigkeit ist neben dem Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt und der Kreditaufnahme der Einsatz des Zahlungsmittelbestands ein weiterer zentraler Baustein. Wie in den Jahren 2008 bis 2010 wurde er auch in 2012 für die Investitionstätigkeit nicht benötigt. Er konnte vielmehr durch nicht benötigte Mittel weiter erhöht werden. Hauptursache waren jeweils der hohe Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit. In 2011 musste er hingegen für die Finanzierung eingesetzt werden, da es keinen Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit gab. In 2013 und 2014 soll der Zahlungsmittelbestand gezielt zur Senkung des Kreditbedarfs und damit zur Begrenzung der Verschuldung eingesetzt werden.



Die nachfolgende Grafik ist die Summe der 3 obigen Grafiken zum Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts, zur Finanzierungstätigkeit und zum Einsatz des Zahlungsmittelbestands. In ihr wird deutlich, dass sich hinsichtlich der Investitionsfinanzierung ein sehr unterschiedliches Bild ergibt:

In 2008 war der Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit (grüne Säule) so hoch, dass er nicht nur zur Investitionsfinanzierung ausreichte sondern auch eine Schuldentilgung (rote Säule) und eine Erhöhung des Zahlungsmittelbestands (blaue Säule) ermöglichte. Dieser vor allem in 2008 und 2009 angesammelte Zahlungsmittelbestand wird in 2011 und in den Jahren 2013 und 2014 zur Finanzierung eingesetzt (blaue Säule). In 2012 trägt der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit (grüne Säule) den größten Anteil zur Investitionsfinanzierung bei. Der in 2012 aufgestockte Zahlungsmittelbestand reduziert den Kreditbedarf in den Jahren 2013 und 2014. Die gute Entwicklung in 2012 wurde in Teilbereichen erst im November/Dezember 2012 sichtbar; dennoch konnte sie im Rahmen der Haushaltsberatungen noch weitgehend für eine Verbesserung der Plandaten genutzt werden.



5.3 Strukturdaten

Für weitergehende Analysen haben wir hier ausgewählte Kennzahlen relativ komprimiert zusammengefasst. Diese Kennzahlen konzentrieren sich auf einzelne Ertrags- und Aufwandsarten und tragen dazu bei, einen Überblick über die Haushaltsstruktur der Ergebnisrechnung und deren Entwicklung zu erhalten. Dabei werden jeweils einzelne Ertrags- oder Aufwandsarten in Relation zu dem Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge bzw. der ordentlichen Aufwendungen gesetzt.

Kennzahlen in Relation zu den ordentlichen Erträgen insgesamt:

	Ergebnis					Plan	
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ordentliche Erträge in Mio. €	471,7	473,4	493,6	463,0	489,5	494,0	501,5
Steuererträge abzgl. Gewerbesteuerumlage in Mio. €	104,8	112,8	102,1	96,7	116,0	99,8	100,0
Netto-Steuerquote	22,9%	24,7%	21,3%	21,6%	24,6%	20,8%	20,6%
Zuwendungen in Mio. €	159,2	154,6	152,0	145,2	167,1	189,5	194,9
Zuwendungsquote	33,8%	32,7%	30,8%	31,4%	34,1%	38,4%	38,9%

Netto-Steuerquote

Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Kommune über Steuern „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. In 2012 lag vor allem das Gewerbesteuerergebnis sehr hoch. Dass die Kennzahl in den Jahren 2013 und 2014 nach Bewältigung der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht ansteigt sondern sogar rückläufig ist, liegt insbesondere daran, dass in Heidelberg in den Krisenjahren die Gewerbesteuererträge nicht zurückgegangen sind.

Zuwendungsquote

Die Zuwendungsquote gibt an, wie hoch der Anteil der Erträge aus Zuwendungen an den ordentlichen Erträgen ist. Eine hohe Zuwendungsquote kann auf eine geringe Finanzkraft der Kommune hindeuten. Die Entwicklung der Kennzahl wird im Wesentlichen von zwei Faktoren bestimmt: zunächst einmal ist dies die Höhe der Zuweisungen. Der zweite wesentliche Faktor ist die Summe aller Erträge. So lag beispielsweise in 2010 die Summe der Erträge relativ hoch, da in diesem Jahr Rückstellungen i. H. v. 45,8 Mio. € aufgelöst wurden. Die hohe Gesamtsumme der Erträge führte dazu, dass für 2010 die Kennzahl absank, ohne dass die Zuwendungen gegenüber dem Vorjahr wesentlich gesunken wären.

Der hohe Zuwendungsquote 2012 resultiert insbesondere daraus, dass die Schlüsselzuweisungen um 12,0 Mio. € und die Zuweisungen im Bereich des Kinder- und Jugendamts (insbesondere für Kinderbetreuung) um 10,7 Mio. € über dem Vorjahresergebnis lagen.

Der weitere Anstieg der Quote in den Jahren 2013 und 2014 ist überwiegend auf weiterhin deutlich ansteigende Schlüsselzuweisungen zurückzuführen (+17,6 Mio. € in 2013 gegenüber 2012 und nochmals +2,9 Mio. € in 2014).

Kennzahlen in Relation zu den ordentlichen Aufwendungen insgesamt:

	Ergebnis					Plan	
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ordentlich. Aufwand in Mio. €	461,8	487,4	450,4	474,5	476,3	500,0	514,2
Personalaufwand in Mio. € (ohne Rückstellungen)	118,8	123,3	126,1	128,5	131,6	138,9	141,8
Personalintensität	25,7%	25,3%	28,0%	27,1%	27,6%	27,8%	27,6%
Sach-/Dienstleistung. in Mio. €	73,5	68,8	71,7	72,3	76,3	83,6	81,8
Sach-/Dienstleistungsintensität	15,9%	14,1%	15,9%	15,2%	16,0%	16,7%	15,9%
Transferaufwand in Mio. €	161,9	180,4	162,0	178,7	171,3	184,2	196,1
Transferaufwandsquote	35,1%	37,0%	36,0%	37,7%	36,0%	36,8%	38,1%
Zinsaufwand in Mio. €	5,3	5,7	6,0	6,7	7,2	8,1	9,1
Zinslastquote	1,2%	1,2%	1,3%	1,4%	1,5%	1,6%	1,8%

Personalintensität

Die Personalintensität gibt den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen an. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad der Ausgliederungen in der Kommune zu beachten. In Heidelberg ist der Anteil der Ausgliederungen sehr gering.

Da ab 2010 die Rückstellungen nicht mehr bei den Kommunen sondern beim Kommunalen Versorgungsverband zu bilden sind, haben wir die in 2008 und 2009 gebildeten Rückstellungen bei der Berechnung der Kennzahl ausgeklammert.

Die Personalaufwendungen sind im Betrachtungszeitraum jährlich gestiegen. Die Schwankungen der Kennzahl werden im Wesentlichen durch die Schwankungen des Gesamtbetrags der ordentlichen Aufwendungen ausgelöst.

Sach- und Dienstleistungsintensität

Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Der Anstieg in 2013 und 2014 lässt sich überwiegend auf die höheren Ansätze für die Unterhaltung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, die Mietzahlung an die Theater- und Orchesterstiftung, die Zahlung einer Bewirtschaftungsrate für die Internationale Gesamtschule im Rahmen des ÖPP-Vertrags und die Ausweitung der Angebote in der Schülerbetreuung, an den Ganztagschulen sowie beim Mittagstisch an Schulen zurückführen.

Transferaufwandsquote

Die Kennzahl gibt an, in welchem Umfang die Kommune durch Transferaufwendungen (u. a. Zuschüsse, Umlagen, Sozial- und Jugendhilfeleistungen) belastet wird. Besonders im Vergleich mit den anderen Aufwandskennzahlen wird hier deutlich, welche bedeutende Rolle die Transferaufwendungen für den Haushalt spielen.

Der gegenüber dem Vorjahr rückläufige Wert in 2012 hat seine Ursache vor allem darin, dass in 2013 keine Zahlung aus dem Ergebnishaushalt an die Stadtwerke geleistet wurde; in 2011 waren es noch 12,0 Mio. €. Dem Anstieg der Aufwendungen von 2012 nach 2013 und 2014 stehen teilweise Mehrerträge gegenüber (insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung).

Zinslastquote

Die Zinslastquote verdeutlicht, in welchem Umfang die vorhandenen Kredite den Ergebnishaushalt belasten. Eine hohe Zinslastquote engt den finanziellen Spielraum der Kommune ein. Parallel zur Entwicklung der Verschuldung steigt auch die Zinslast im Betrachtungszeitraum an.

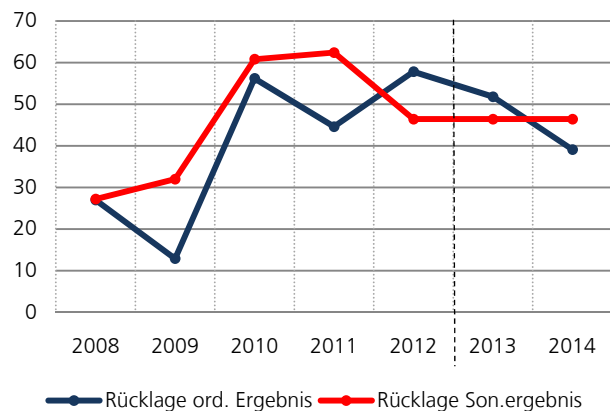
5.4 Rücklagen, Zahlungsmittel, Schulden

Die nachfolgenden absoluten Zahlen haben insbesondere in der mittelfristigen Betrachtung Bedeutung und unterstützen die Beurteilung, wie ein Haushaltsausgleich erreicht wurde bzw. welche Mittel für einen Haushaltsausgleich benötigt wurden bzw. künftig zur Verfügung stehen.

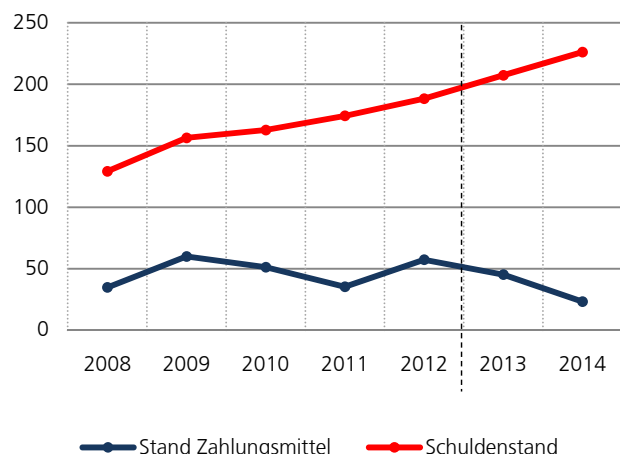
Durch das Ergebnis 2012 wird eine neue Ausgangsbasis für die Jahre 2013/2014 geschaffen. Daher haben wir jeweils in der Klammer den Wert für 2013 und 2014 eingetragen, der sich auf Grundlage dieser neuen Ausgangsbasis heraus errechnet. Lediglich beim Schuldenstand entspricht der in der Planung 2013/2014 zugrunde liegende Ausgangswert 2012 bereits dem Ergebnis für 2012. Für die beiden folgenden Grafiken haben wir die Werte in der Klammer verwendet.

in Mio. €; jeweils zum 31.12.	Ergebnis					Plan	
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Stand der Rücklagen des ordentlichen Ergebnisses	27,0	12,9	56,2	44,6	57,8	26,7 (51,8)	14,0 (39,1)
Stand der Rücklagen des Sonderergebnisses	27,2	32,0	60,8	62,4	46,4	62,4 (46,4)	62,4 (46,4)
Endstand an Zahlungsmitteln (mit Geldanlagen)	34,8	60,0	51,3	35,3	57,3	34,9 (45,2)	12,9 (23,2)
Schuldenstand (ohne Restkaufpreisschulden)	129,2	156,4	162,8	174,3	188,3	207,3	226,2

Durch das gute ordentliche Ergebnis aus 2010, das insbesondere durch einen hohen Betrag bei den Auflösungen von Rückstellungen zustande kam, konnte die Rücklage des ordentlichen Ergebnisses deutlich aufgestockt werden. Nach einer Entnahme in 2011 und einer Zuführung in 2012 hat das ordentliche Ergebnis zum 31.12.2012 mit 57,8 Mio. € das bisher höchste Niveau. Im Finanzplanungszeitraum (bis 2017) des aktuellen Doppelhaushalts 2013/2014 sind jährliche Rücklagenentnahmen zum Haushaltsausgleich vorgesehen.



Bessere Ergebnisse als geplant haben in den zurückliegenden Jahren immer wieder dazu geführt, dass weniger Kredite aufgenommen werden mussten als geplant. Dies hat gleichzeitig zu einem relativ hohen Stand an Zahlungsmitteln geführt, der nun schrittweise zur Finanzierung eingesetzt werden kann. In seinem Leitantrag zum Haushalt 2013/2014 hat der Gemeinderat beschlossen, dass die jährliche Netto-Neuverschuldung deutlich zu reduzieren ist. Dafür sollen die jährlichen Ausgaben begrenzt und das Investitionsvolumen an der Maßgabe einer definierten maximalen Netto-Neuverschuldung ausgerichtet werden.



6. Ausblick: Chancen und Risiken

Bereits in Jahresabschlussanalyse (Ziffer 5) wurden neben Zahlen aus den abgeschlossenen Haushaltsjahren auch die Planjahre 2013 und 2014 einbezogen. Hier soll nun noch weiter in die Zukunft geblickt und künftige Chancen und Risiken benannt werden. Im Hinblick auf eine kontinuierliche und nachhaltige Entwicklung wird eine solche Darstellung auch in § 54 der Gemeindehaushaltsverordnung gefordert.

Als allgemeines Risiko ist regelmäßig die Entwicklung der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage zu nennen, da diese erheblichen Einfluss auf die kommunale Ertragssituation, insbesondere die Steuern und Schlüsselzuweisungen, hat. Neben der konjunkturellen und strukturellen Entwicklung in Deutschland sind hier auch die Situation im Euro-Raum sowie die weltweite Entwicklung zu beachten. Im ersten Halbjahr 2013 befindet sich die europäische Währungsunion trotz einiger Lichtblicke in einer Vertrauenskrise von systemischem Ausmaß. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beschreibt hierzu für die Problemländer drei große, mit einander verbundene Problemfelder: die Staatsschuldenkrise mit deutlich steigenden Schuldenquoten, die Bankenkrise mit mangelndem Vertrauen gegenüber den Finanzinstituten und die makroökonomische Krise mit einer rezessiven Wirtschaftsentwicklung in eine Reihe von Mitgliedsstaaten. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung die Bewahrung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandskraft des Wirtschaftsstandorts Deutschland ausdrücklich als Daueraufgabe benannt.

Heidelberg ist eine der wenigen noch wachsenden Städte. Daher ist es als positiv zu bewerten, dass die Entwicklung der Bahnstadt, der Konversionsprozess und die Internationale Bauausstellung nicht nur bauliche Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen sondern auch in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht bedeutsam sind. Ein wichtiges Thema ist hierbei die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, einen wichtigen Beitrag zu leisten, um die Stadt fit zu machen für eine alternde Gesellschaft. Gleichzeitig dürfen aber auch mögliche finanzwirtschaftliche Belastungen aus diesen Großprojekten nicht aus den Augen verloren werden.

Die Entwicklung der Bahnstadt erfolgt innerhalb eines Treuhandvermögens. Die Kosten- und Finanzierungsübersicht reicht bis zum Ende der Laufzeit der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme im Jahr 2022 und schließt Stand 31.12.2012 mit einem prognostizierten Defizit im Jahr 2022 von 15,6 Mio. € ab. Während sich die Entwicklung dieser Kosten in den nächsten Jahren noch erheblich verändern kann, zeichnen sich im 1. Quartal 2013 zwei Entwicklungen ab, die ein schnelles Handeln erfordern und Zusatzkosten auslösen. Aufgrund der Ausweitung des Wohnungsangebots und der geänderten Zeitplanung ist die Zahl an Kindergartenkindern deutlich höher als angenommen, so dass kurzfristig über eine Interimslösung in 2014 rund 40 zusätzliche Betreuungsplätze bereitgestellt werden müssen. Ebenfalls eine Übergangslösung benötigt wird für den Schulbereich, da wegen des umfangreichen Planungsprozesses mit der Inbetriebnahme der Grundschule erst im Schuljahr 2016/2017 zu rechnen ist. Daher soll zum Schuljahresbeginn 2014/2015 der Schulbetrieb provisorisch in Räumen der Graf-von-Galen-Schule (Sonderschule für Geistigbehinderte) im nahe gelegenen Stadtteil Pfaffengrund starten. Für die beiden Interimslösungen – Kita und Schule – sind bisher noch keine Kosten im Haushalt eingestellt.

Im Konversionsprozess hat man sich zunächst intensiver mit den Flächen in der Südstadt beschäftigt. In den nächsten Schritten wird man auch detaillierter auf die restlichen Flächen eingehen. Seit Herbst 2012 werden standortbezogene Entwicklungsoptionen für alle Flächen erarbeitet. Die planerische Zusammenführung der einzelnen Konversionsflächen erfolgt dann nachlaufend in der Fortschreibung des Modells Räumliche Ordnung (MRO). Da die Kommunen ein Erstzugriffsrecht auf die Konversionsflächen haben, hat die Stadt mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) Verhandlungen über Ankaufsoptionen aufgenommen. Zur Absicherung der Entwicklungsziele und hat der Gemeinderat noch im Dezember 2012 die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft beschlossen. Die 100%ige Tochtergesellschaft der Stadt Heidelberg hat das Ziel, die Flächen anzukaufen, um diese dann an geeignete Investoren weiterzugeben.

In einem zweistufigen Bürgerbeteiligungsverfahren wird geklärt, ob Heidelberg ein neues Konferenzzentrum braucht und wenn ja, wo es gebaut werden soll. Das Ergebnis der Bedarfsuntersuchungen sollen dem Gemeinderat im Laufe des Jahres 2013 vorgelegt werden. Wenn der Gemeinderat den grundsätzlichen Bedarf für ein neues Konferenzzentrum bestätigt, kann die Standortsuche angegangen werden.

Im März 2013 hat der Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss zum Mobilitätsnetz gefasst und über die Kosten so wie die betriebswirtschaftliche Bewertung informiert. Bei Gesamtkosten von 160 Mio. € sind 136 Mio. € förderfähig. Übernehmen hiervon Bund und Land zusammen 80% so verbleibt ein Anteil von 51,2 Mio. €, der im Wesentlichen von der Heidelberger Straßen- und Bergbahn GmbH (HSB) als Vorhabenträgerin und den weiteren Kostenträgern Stadt Heidelberg, Rhein-Neckar-Kreis und RNV-OEG aufzubringen ist. Die betriebswirtschaftliche Bewertung geht davon aus, dass sich durch Umsetzung des Mobilitätsnetzes das jährliche Defizit der HSB bezogen auf das Jahr 2022 zwischen -0,2 Mio. € und -2,1 Mio. € erhöhen würde.

Während in den zurückliegenden Jahren beim Thema „Infrastruktur“ vorrangig das Schulsanierungsprogramm und die Erweiterungen des Betreuungsplatzangebots in Kindertagesstätten genannt wurden, ist nun das Thema „Straßensanierungen“ stärker in den Vordergrund getreten. So wurde dem Gemeinderat im 2. Quartal 2013 eine Aktualisierung des Straßenzustandskatasters als Datenbasis für Aussagen zum Sanierungsbedarf von Straßen vorgelegt. Danach geht die Verwaltung davon aus, dass neben den bisher in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Projekten ein jährlicher Mittelmehrbedarf i. H. v. 5 bis 7 Mio. € besteht. Diese Mittel verteilen sich anteilig auf SWH (Leitungen), den AZV (Kanäle) und die Stadt und müssten kontinuierlich über einen längeren Zeitraum bereitgestellt werden.

Mit den Aufgaben, die die Energiewende an uns stellt, haben sich auch unsere Stadtwerke in ihrer Energiekonzeption 2020 befasst. Neben dem Bau eines Solarkraftwerks auf der ehemaligen Deponie Feilheck, dem Bau eines Holzheizkraftwerks und Untersuchungen zur Nutzungsmöglichkeit von Tiefengeothermie wurde auch ein Planungsbeschluss für ein Gaskraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung gefasst. Zur Stabilisierung der Ertragskraft des Versorgungsbereichs werden auch in den nächsten Jahren Maßnahmen zur Optimierung und Kostensenkung notwendig sein.

Ein zentrales Thema der Beratungen zum Haushaltsplan 2013/2014 war die Begrenzung der Verschuldung. Der Gemeinderat hat daher mit großer Mehrheit für einen Leitantrag gestimmt, der über die beiden Planjahre hinausgeht und auch für den Zeitraum bis 2018 die Entwicklung der laufenden Aufwendungen, die Steigerung der Ertragskraft unseres Ergebnishaushalts, das Volumen der Investitionstätigkeit sowie die Neuverschuldung in den Blick nimmt. Angesichts der begonnenen Großprojekte in der Stadtentwicklung ist dies von besonderer Bedeutung. Positiv zu vermerken ist hinsichtlich der Entwicklung der Ertragskraft des Ergebnishaushalts, dass im Rahmen des Zensus 2011 – anders als für Universitätsstädte erwartet – unsere Einwohnerzahl nur vergleichsweise geringfügig nach unten korrigiert wurde, so dass es nicht zu den befürchteten Einnahmeausfällen bei den Schlüsselzuweisungen kommt.